



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Kerstin Schreyer, Dr. Florian Herrmann, Joachim Unterländer, Thomas Huber, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Judith Gerlach, Max Gibis, Dr. Gerhard Hopp, Hermann Imhof, Michaela Kaniber, Manfred Ländner, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Martin Neumeyer, Dr. Hans Reichhart, Peter Tomaschko, Steffen Vogel** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 17/13822

### Der Freistaat Bayern bekämpft entschlossen jede Form des Extremismus

1. Der Landtag bekräftigt seine bisherigen Beschlüsse, in denen er Extremismus in allen seinen Erscheinungsformen verurteilt hat. Dies gilt für Rechtsextremismus, Linksextremismus, Islamismus und Ausländerextremismus in gleichem Maß. Antisemitisches Gedankengut, Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und darauf basierende ausgrenzende, herabwürdigende oder verletzende Äußerungen, Drohungen oder Gewalttaten haben in unserem Land keinen Platz. Der Landtag spricht allen Opfern von extremistischer und rassistischer Gewalt erneut seine Solidarität aus.

2. Der Landtag stellt fest, dass der weit überwiegende Teil der bayerischen Bevölkerung weltoffen und demokratisch ist und extremistische Positionen, Äußerungen und Gewalttaten entschieden ablehnt.
3. Der Landtag begrüßt und unterstützt das unterschiedene Vorgehen der Staatsregierung und der Sicherheitsbehörden gegen jede Form von Extremismus. Von besonderer Bedeutung sind hierbei die staatlichen Stellen einer wehrhaften Demokratie, die personell gestärkt, bestens ausgerüstet und mit den notwendigen Befugnissen ausgestattet werden müssen. Weit im Vorfeld der Arbeit der Sicherheitsbehörden setzen präventive Maßnahmen an, die sich möglichst zielgerichtet und mit den entsprechenden spezifischen Maßnahmen gegen die jeweiligen extremistische Erscheinungsformen richten.
4. Er fordert die Staatsregierung auf, sowohl die repressiven als auch die präventiven Maßnahmen, wie beispielsweise das Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus, weiterhin fortzuführen und wie bisher laufend und ressortübergreifend an die aktuellen Entwicklungen anzupassen. Der Landtag bekennt sich auch dazu, dass die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen und die Hilfe für die Opfer wichtige Elemente im Kampf gegen Extremismus sind.

Die Präsidentin

I.V.

**Inge Aures**

II. Vizepräsidentin